

# HESSEN WÄHLT NEU

## Seniorenpolitik der **SPD** Hessen

Von Petra Fuhrmann

### Die Zeit ist reif für eine bessere Politik mit und für Seniorinnen und Senioren!

Wir stehen für einen Neuanfang in Hessen. Gerade auch viele ältere Menschen warten darauf. Wir wollen eine Politik mit klaren Wertmaßstäben, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und für Hessen mehr soziale Gerechtigkeit bringt. Wir wollen eine Politik, die die Menschen mitnimmt auf dem Weg in eine bessere Zukunft. Dabei vertrauen wir auf die Vernunft und das Engagement der Menschen in Hessen, gemeinsam mit uns die großen gesellschaftlichen Fragen ebenso anzupacken, wie die konkreten Probleme vor Ort. Jede und jeder kann seinen Beitrag leisten für ein besseres Hessen. Die Zeit ist reif!

### Für mehr Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit bedeutet für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass die großen Lebensrisiken, wie Krankheit, Alter und Behinderung, solidarisch abgesichert werden, dass allen Menschen in Konfliktsituationen passende Hilfen zur Verfügung stehen und dass sie einen Anspruch auf Beratung und Hilfe haben!

Gerade hier erweist sich die hessische Sozialpolitik von Koch und Co als besonders verantwortungslos. Wer in Zeiten steigender Problemlagen z.B. Erziehungsberatungsstellen, Familienbildungsstätten, Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstellen, Suchtberatung und Beratungs- und Koordinierungsstellen für Ältere die Mittel kürzt oder gar ganz streicht, wie die CDU-Landesregierung das 2003 ("Operation düstere Zukunft") getan hat, hat von einem vorsorgenden Sozialstaat nichts begriffen.

Beratungsangebote helfen den Betroffenen unmittelbar, wenn sie schnell zugänglich sind. Sie vermeiden oft, dass sich Probleme verfestigen und damit größer werden. Damit ersparen solche Angebote den Betroffenen Leid, sie "ersparen" aber auch der Gesellschaft soziale und finanzielle Folgen.

Die völlig verantwortungslose und kurzsichtige Politik der derzeitigen hessischen Landesregierung werden wir beenden und einen Schwerpunkt unserer Arbeit auf präventive Angebote, niedrigschwellige Hilfen und Unterstützung für diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, legen und dadurch das **soziale Netz** mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und anderen gesellschaftlichen Gruppen in Hessen **neu knüpfen!**

## Für eine aktive Gestaltung des demografischen Wandels

Der demographische Wandel hat mehrere Ursachen und ist kein unabänderliches Schicksal. Tatsache ist, dass seit vielen Jahren die Geburtenrate auf einem sehr niedrigen Level liegt. Viele junge Menschen bleiben kinderlos, weil die Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach wie vor nicht funktioniert. Wir wollen jungen Menschen Mut zur Familie machen und sie unterstützen (siehe Wahlprogramm der SPD).

Wir werden durch eine familien- und kinderfreundliche Politik, durch eine bessere Bildungspolitik mit Ganztagschulen und Ganztagsplätzen an Kindertagesstätten dazu beitragen, dass sich mehr Menschen für Kinder entscheiden. Die CDU-Landesregierung hat seit Amtsantritt insgesamt 450 Millionen Euro für die Kinderbetreuung gestrichen und beteiligt sich (nach Berechnungen der Hessen - Caritas) an den Kosten der Kinderbetreuung gerade einmal mit 8%, während Bayern z.B. 30% der Kosten übernimmt. Familien brauchen gute, verlässliche Strukturen und zeitflexible Arbeitsbedingungen. Auch dies werden wir massiv unterstützen.

Wer Antworten auf die Herausforderungen des demografischen Wandels sucht, darf keine pauschalen Antworten geben. Es gibt nicht "die ältere Generation", sondern "junge Alte", die teilweise noch im Erwerbsleben stehen, oder gerade ausgeschieden sind; es gibt die rüstigen Rentnerinnen und Rentner, die teilweise ihre Enkel mitbetreuen oder ihre eigenen Eltern und Schwiegereltern pflegen, und es gibt die Hochbetagten über 80-jährigen, bei denen das Risiko der Pflegebedürftigkeit steigt.

Die Lebensbedingungen dieser verschiedenen Altersgruppen unterscheiden sich erheblich, auch in Bezug auf die materielle Absicherung, und unsere Politik wird diese unterschiedlichen Lebensbedingungen berücksichtigen. Gesunde 65-jährige stellen an die Politik andere Fragen, als Hochbetagte 90-jährige. Alle Menschen sollen ein eigenständiges und aktives, Selbstbestimmtes Leben führen können. Unser Ziel ist das solidarische Zusammenleben von alten und jungen Menschen in Hessen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Landespolitik stärker auf die Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen zurückgreifen und sich ändern.

Wir brauchen Strukturveränderungen in vielen Bereichen der Gesellschaft – in der Arbeitswelt, beim Wohnen in den unterschiedlichsten Formen und in der öffentlichen Infrastruktur.

Wir wollen keine Politik **für** die ältere Generation, sondern Politik **mit** der älteren Generation gestalten, wir wollen den unterschiedlichen Lebenslagen gerecht werden und wir wollen einen breiten Dialog.

## Für eine Veränderung der Arbeitswelt

Die problematische Frühverrentungspolitik der Kohl-Regierung hat die Probleme der Rentenversicherung, die durch den demografischen Wandel entstehen, deutlich verstärkt. Weniger Beitragszahlern stehen mehr Leistungsempfänger mit längeren Rentenlaufzeiten gegenüber. Dass Menschen erfreulicherweise länger leben, dass sie gesünder sind als vorangegangene Generationen, führt zu Problemen der sozialen Sicherungssysteme.

Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung beschäftigen heute 4 von 10 Betrieben keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die über 50 Jahre alt sind. Dies ist sicher zum Teil auf einen „Jugendlichkeitswahn“ der betroffenen Betriebe zurückzuführen – wir alle erinnern uns an den Skandal bei einer Modekette, wo Mitarbeiterinnen, die über 50 Jahre alt waren, mit fadenscheinigen Gründen gekündigt wurden, ihnen aber unter der Hand mitgeteilt wurde, dass sie „optisch nicht mehr zum Publikum passten“. Sprich: alt und hässlich seien.

Laut Hessischer Arbeitslosenstatistik waren im Monat Juni 2007 rund 60.000 Menschen, die über 50 Jahre alt sind, arbeitslos gemeldet, darunter sind fast 30.000 über 55-Jährige. Damit stellen sie rund 25% an allen hessischen Arbeitslosen und ihr Anteil ist im Vergleich zum Vormonat nur um 0,1% gesunken. Die Arbeitslosigkeit dieser Älteren sinkt also langsamer, als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Man kann sicher auch sagen: der Aufschwung geht an den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern weitgehend vorbei.

Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Ältere Menschen sind nicht generell weniger leistungsfähig, nicht generell weniger belastbar, nicht generell weniger lernfähig! Wenn auch die physische Belastbarkeit mit steigendem Lebensalter nachlässt, so steigen doch die soziale Kompetenz und die Berufserfahrung, auf die die Betriebe nicht verzichten sollten, und allzu häufig viel zu spät merken, dass sie auf diese Erfahrung auch gar nicht verzichten können.

Der sich seit Jahren abzeichnende Mangel an qualifizierten Fachkräften, der jetzt endlich dafür sorgt, dass wieder mehr Jugendliche ausgebildet werden, muss auch zu einem Paradigmenwechsel bei der Beschäftigung Älterer führen. Wirtschaft, Handel und Handwerk können auf die Potentiale Älterer nicht länger verzichten. Notwendig sind neue Wege der „lebenslangen Qualifizierung“, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Verstärkung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Hier sind Betriebe und Land gefragt! Das Land kann z.B. Qualifizierungsmaßnahmen für Ältere finanziell fördern und den Arbeitsschutz endlich wieder verstärken. Die Regierung Koch hat das Thema Arbeitsschutz in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt, wir werden das ändern!

## Für ein aktives Alter

Längeres Leben durch eine steigende Lebenserwartung ist ein Erfolg sozialen und gesellschaftlichen Fortschritts. Dazu haben auch gesündere Arbeitsplätze, bessere Ernährung, gute Wohnverhältnisse, hygienisches Wasser, gute medizinische Versorgung und Arbeitszeitbegrenzungen beigetragen. Wir werden gesund alt und gewinnen eine neue, aktive Lebensphase des „jungen Altseins“ hinzu. Die Gesellschaft „überaltert“ nicht, wir werden nach mehr Lebensjahren alt.

Es gibt immer mehr Ältere, die mit ihren ganzen Erfahrungen und Ideen eine sehr aktive Gruppe in unserer Gesellschaft bilden. Sie sind fit, aktiv und mobil, sie engagieren sich auch vielfältig im Ehrenamt – das wollen wir fördern! Nach einer Untersuchung zum Ehrenamt (sog. Freiwilligen-Survey) sind bundesweit 37% aller 60 bis 69 Jahre alten Menschen ehrenamtlich aktiv. Dies sind 6% mehr, als noch vor fünf Jahren. Von den über 70-jährigen sind es immerhin noch 22%.

Längst sind die Älteren nicht nur im klassischen Ehrenamt bei den Wohlfahrtsverbänden und in den Vereinen aktiv, sondern auch in den unterschiedlichsten sozialen Bewegungen, bei „Tafel-Initiativen“, und vielen eigenverantwortlichen, Selbstgestalteten Initiativen. Die älteren Menschen sind oft einer der wesentlichsten Träger des bürgerschaftlichen Engagements in unseren Kommunen.

Anders als die CDU-Landesregierung, die zwar das Wort Ehrenamt in Sonntagsreden gerne verwendet und "Preise" verleiht, werden wir das Ehrenamt anerkennen und unterstützen. Wir werden im Dialog mit den Betroffenen eine Ressortübergreifende Koordination aller Aktivitäten des Landes bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements einführen und ein Gesamtkonzept der Landesförderung entwickeln.

Ehrenamtliches Engagement braucht oft auch hauptamtliche Unterstützung für die Arbeit, auch hier wollen wir ein Gesamtkonzept entwickeln, wie diese gesellschaftliche Querschnittsaufgabe von Land, Kommunen, Verbänden, Vereinen und Selbsthilfeinitiativen gefördert werden kann. Hier sind Netzwerksunterstützung, Unterstützung von Patenschaftsprojekten (Senior-Berater) u.a. möglich.

Das lebenslange Lernen ist von wachsender Bedeutung für eine Gesellschaft des langen Lebens. Neben der Qualifizierung im Berufsleben haben viele ältere Menschen nach der Berufstätigkeit das Bedürfnis nach Bildungs- und Weiterbildungsangeboten, die speziell auf ihre Interessen zugeschnitten sind. Gerade Volkshochschulen können Träger vielfältiger Qualifikationsangebote, auch für das ehrenamtliche Engagement sein. Der Zulauf zu Hochschulen, die Studiengänge für Seniorinnen und Senioren anbieten ist ebenfalls groß, auch hier sollten weitere Angebote gemacht werden.

## Für mehr Partizipation

Unser Anspruch ist, nicht nur Politik für, sondern mit den Betroffenen zu machen! Dieser partizipative Ansatz bedeutet, dass konkrete Beteiligungsrechte notwendig sind.

Wir treten ein für die enge Zusammenarbeit mit der **Landesseniorenvertretung** und werden diese Interessensvertretung regelmäßig an Planungen des Landes beteiligen, von denen Seniorinnen und Senioren betroffen sind. Wir werden außerdem die Hessische Gemeindeordnung (HGO) so ändern, dass in allen Kommunen **Seniorenbeiräte** gewählt werden.

In 119 von 426 Kommunen Hessens gibt es bereits Seniorenbeiräte, die die kommunalen Entscheidungsträger beraten. Die Arbeit der Seniorenbeiräte ist eine gute Voraussetzung für die demokratische Fortentwicklung unseres Landes. Wir wollen deshalb, dass die Beteiligungsrechte der Beiräte bei kommunalpolitischen Entscheidungen in der HGO verbindlich geregelt werden. Wir wollen sichergestellt wissen, dass bei allen Belangen, die ältere Menschen betreffen, die Seniorenbeiräte in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

## Für eine Vielfalt von Wohnformen im Alter

Ältere Menschen wollen Selbstbestimmt leben und auch im hohen Alter selbständig bleiben. Sie wollen so lange wie möglich in ihrer bisherigen Wohnung und in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Dem muss sich die Politik in Hessen endlich stellen. Die Regierung Koch hat, als eine der ersten Maßnahmen nach Regierungsbeginn, den von der SPD-Geführten Landesregierung finanziell geförderten "Beratungs- und Koordinierungsstellen für Ältere" in allen Landkreisen und Städten, die komplette Landesförderung gestrichen. Wir werden diese Anlaufstellen wieder unterstützen, damit sie gezielte Wohnberatung und Unterstützung bei der Wohnraumanpassung leisten und Hilfe im "Dschungel der Hilfen" leisten können.

Wir werden die Hessische Fachstelle für Wohnberatung (HFW) in Kassel unterstützen und Mittel für die Qualifizierung von Beraterinnen und Beratern bereitstellen und ein hessisches Netzwerk initiieren.

Unser Ziel ist eine möglichst barrierefreie Umwelt. Deshalb müssen die Anstrengungen zum barrierefreien Bauen und zur barrierefreien Gestaltung öffentlicher Räume und Verkehrsmittel verstärkt werden. Wir werden überprüfen, ob die bisherigen Vorschriften der Hessischen Bauordnung ausreichen und konsequent umgesetzt werden. Barrierefreiheit kommt dabei nicht nur Seniorinnen und Senioren, sondern allen Menschen mit Behinderung und auch Familien mit Kindern zugute.

Der Wunsch nach Selbstbestimmung und Selbständigkeit hat bereits zu vielfältigen – Selbstorganisierten – "Senioren-Wohngemeinschaften", zu "Wohnprojekten für Jung und Alt" geführt, wenn der Wunsch nicht alleine zu leben, sondern in einer Gemeinschaft, im Vordergrund stand. Diese Vielfalt wollen wir unterstützen und sie auch für alle Einkommensgruppen bezahlbar machen. Dies kann vor allem dort gelingen, wo

Kommunale Wohnungsbaugenossenschaften und freie Wohlfahrtsverbände beteiligt sind.

Wir treten dafür ein, dass diese Wohngruppen und Wohngemeinschaften, auch wenn Hilfe bei Pflegebedürftigkeit notwendig wird, Leistungen der Pflegeversicherung Einzelnen, oder im Pool in Anspruch nehmen können.

Wir werden den seniorengerechten Um- und Neubau von Wohnungen unterstützen und insbesondere die Bereiche "Service-Wohnen", Mehrgenerationenwohnen, Senioren-Wohngemeinschaften und Genossenschaftsprojekte fördern und unterstützen. Durch ambulante Pflegedienste, durch Sozialstationen und hauswirtschaftliche Hilfen kann hier Unterstützung geleistet werden, wenn sie benötigt wird. Immer mehr Menschen wollen dies und es ist eine Herausforderung der Zukunft, dass dieser Wunsch sich nicht nur für die erfüllt, die ein sehr hohes Einkommen haben. Durch Vernetzung und Beratung der Initiativgruppen und der Bauträger wollen wir dazu beitragen, dass sich die Rahmenbedingungen für geplante Projekte verbessern.

"Betreutes Wohnen / Service-Wohnen" hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Unterschiedliche Angebote und Konzepte sind oft für die Betroffenen undurchsichtig. Nach der DIN 77800 (Sept.2006) sind Mindestanforderungen des Wohn- und Dienstleistungsangebots der Anbieter an das "Betreute Wohnen für ältere Menschen" definiert. Wir wollen die Qualität und den Verbraucherschutz durch ein "Hessisches Prüfsiegel – Service-Wohnen für Senioren" weiterentwickeln und gewährleisten. Dieses Qualitätssiegel werden wir mit allen Beteiligten entwickeln und umsetzen.

## **Für eine gute Sozialplanung**

Der Rückzug der CDU-Landesregierung aus der gestaltenden Sozialpolitik wird insbesondere an der Missachtung der sozialen Infrastruktur Hessens sichtbar. Die "Operation düstere Zukunft" war dabei der absolute Tiefpunkt, als 30 Millionen Euro gestrichen wurden und quasi über Nacht Löcher in das soziale Netz gerissen haben!

Aber der Rückzug wird auch an der Verweigerung einer fundierten Sozialplanung sichtbar. Wir nehmen den Verfassungsauftrag sehr ernst, vergleichbare Lebensverhältnisse in Hessen zu schaffen. Die Landespolitik darf die Augen nicht vor den Herausforderungen der Zukunft verschließen, sondern ist verpflichtet, die Realität zu analysieren und Antworten zu geben.

Insbesondere in den ländlichen Regionen Hessens zeigen sich bereits die Folgen der Alterung der Bevölkerung und auch der Bevölkerungsrückgang. Junge Menschen folgen den Arbeitsplätzen und ziehen in die Ballungsräume mit allen Konsequenzen, die dieser Wegzug für die Versorgung (Nahversorgung, ÖPNV, Pflege etc) in den betroffenen Regionen hat.

Wir werden neue Modelle entwickeln, wie z.B. das Problem des bereits heute fehlenden ÖPNV und die fehlende Nahversorgung in ländlichen Gebieten durch eine Verknüpfung mit regionaler Arbeitsmarktpolitik gelöst werden kann. Es gibt bereits erfolgreiche Modelle, z.B. die Schülerbeförderung in der Wetterau, oder integrative Nachbarschaftsläden. Wir werden solche erfolgreichen Modelle anregen, unterstützen, fördern und weiterentwickeln.

Nach der Hessischen Verfassung hat das Land die wichtige Funktion, für vergleichbare Lebensbedingungen im ganzen Land zu sorgen. Das soll bedeuten, dass Junge und Alte, Menschen mit und ohne Behinderungen, Menschen mit und ohne Kinder, Kranke und Gesunde vergleichbare Lebensbedingungen vorfinden. Sie sollen Zugang zu Beratungsstellen, zu Krankenhäusern, zu Ärzten, zu Altenhilfeeinrichtungen u.v.a.m haben, gleichgültig, ob sie in Eschwege oder in Rimbach leben. Dieser Aufgabe stellen wir uns! Insbesondere nach der "Operation düstere Zukunft" und der Kommunalisierung sozialer Leistungen kommt dem Land eine wichtige Planungs- und Steuerungsfunktion zu, die von der CDU-Landesregierung nicht wahrgenommen wird. Wir werden daher mit allen Akteuren, d.h. den Beteiligten des Hessischen Sozialbeirats und den Kommunalen Spitzenverbänden klare Kriterien für eine **Landessozialplanung und –Steuerung** vereinbaren. Zur Bestandsaufnahme werden wir zunächst einen **Hessischen Sozialbericht (Armuts- und Reichtumsbericht)** erarbeiten, um eine Dokumentation sozialer Lebenslagen in Hessen und den Zugang der Bevölkerung zu sozialen Diensten und Einrichtungen zu erhalten und so die Handlungsbedarfe zu identifizieren.

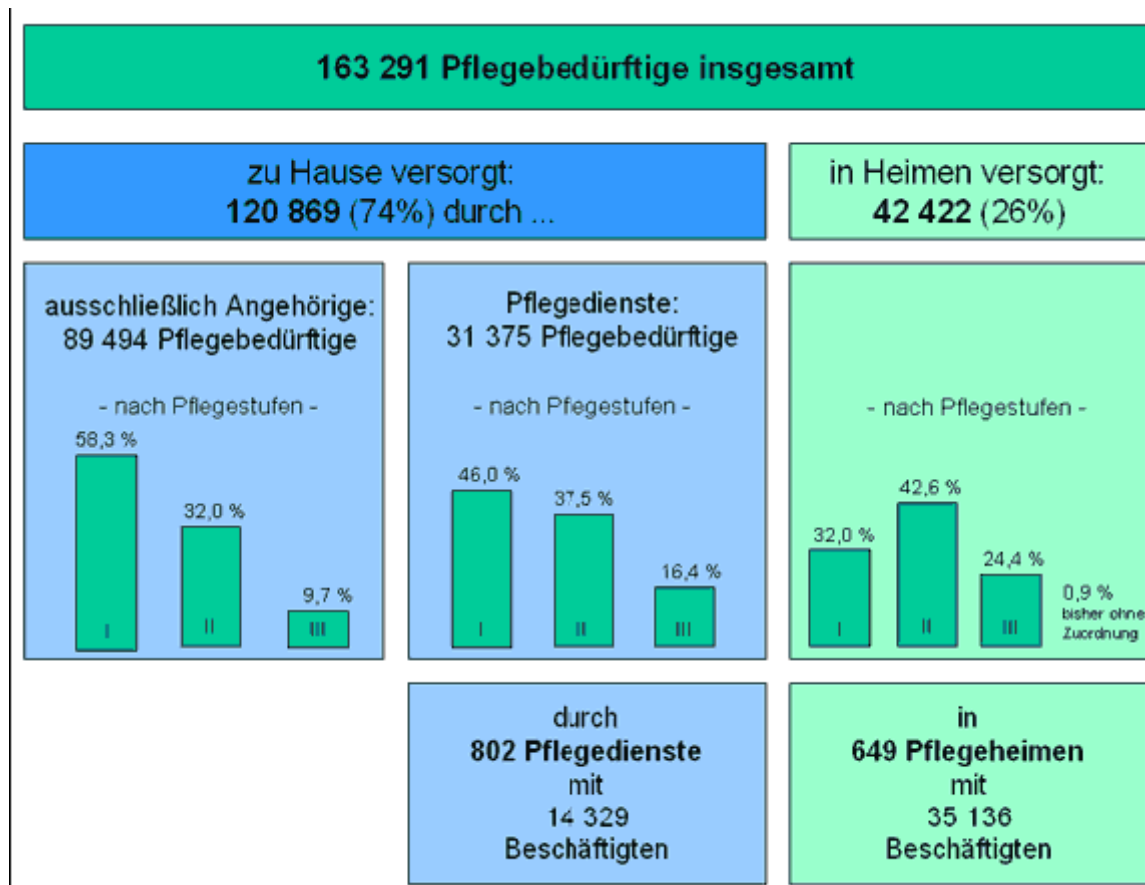
## **Für mehr Unterstützung und Begleitung in Krisen**

Viele Menschen brauchen in bestimmten Lebensphasen Unterstützung und Begleitung. Schwere Krankheiten, der Verlust des Partners oder der Partnerin, der Tod eines Kindes, Vereinsamung, Überschuldung, Wohnungsprobleme, psychische Probleme, oder Suchtprobleme stürzen die Betroffenen oft in Lebenskrisen, die alleine kaum zu bewältigen sind. Gerade älteren Menschen fehlen oft Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, sie versuchen ihre Probleme "mit sich alleine auszumachen".

Wir werden unsere Sozialpolitik, unser neues soziales Netz daran ausrichten, dass für solche Problemlagen schnelle Hilfen zur Verfügung stehen. Die „Operation düstere Zukunft“ der CDU-Landesregierung hat gerade diese sozialen Hilfestrukturen massiv in ihrer Existenz bedroht und ihre Arbeit behindert. Lange Wartezeiten bei Beratungsstellen sind in akuten Krisen dramatisch für die Betroffenen.

## Für gute Pflege

In Hessen gab es 2005 rund 163.000 Menschen mit Pflegebedarf (Eckdaten der Pflegestatistik 2005 – es gibt keine neuere Statistik). Rund 90.000 werden ausschließlich durch Angehörige versorgt, weitere rund 32.000 durch Pflegedienste und rund 42.000 in stationären Einrichtungen.



Das Schaubild stellt die Versorgung der insgesamt 163 291 Pflegebedürftigen nach Art der Betreuung und Pflegestufen dar. Von den 120 869 der zu Hause betreuten Pflegebedürftigen wurden 89 494 ausschließlich durch Angehörige versorgt. Davon waren 58,3 % in Pflegestufe I, 32,0 % in Pflegestufe II und 9,7 % in Pflegestufe III eingruppiert. Die restlichen 31 375 zu Hause versorgten Pflegebedürftigen wurden zusätzlich durch ambulante Dienste betreut, 46,0 % davon mit Pflegestufe I, 37,5 % mit Pflegestufe II und 16,4 % mit Pflegestufe III. Die Betreuung erfolgte durch 802 ambulante Pflegedienste mit 14 329 Beschäftigten. In stationären Pflegeheimen wurden 42 422 Pflegebedürftige betreut, davon 32,0 % mit Pflegestufe I, 42,6 % mit Pflegestufe II und 24,4 % mit Pflegestufe III, 0,9 % der dort Betreuten waren noch keiner Pflegestufe zugeordnet. 649 Pflegeheime übernahmen die Versorgung dieser Pflegebedürftigen mit 35 136 Beschäftigten.

Wenn heute erfreulicherweise 74% aller pflegebedürftigen älteren Menschen zu Hause und überwiegend von Familienangehörigen gepflegt werden, so sind dies meist Töchter oder Schwiegertöchter, die diese Aufgabe annehmen und übernehmen. Viele Familien, selbst im Alter zwischen 50 und 60 Jahren, stehen plötzlich vor der Frage, wie sie Pflege organisieren können, um sowohl ihren pflegebedürftigen Eltern oder Schwiegereltern gerecht zu werden, als auch selbst gesund zu bleiben und dem Beruf weiter nachgehen zu können. Hier sind Unterstützungsstrukturen erforderlich.

Wir wollen die **Vereinbarkeit von Beruf und Pflege** unterstützen, und haben uns deshalb auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass ein Anspruch auf Freistellung zur Pflege geschaffen wird. Wir begrüßen nachdrücklich, dass mit dem "Pflegekompromiss" diese Möglichkeit geschaffen wird. Angehörige erhalten für die Dauer von 6 Monaten die Möglichkeit der unbezahlten Freistellung von der Arbeit mit Rückkehrmöglichkeit (gilt für Betriebe mit über 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern). Die notwendige soziale Absicherung in der Rentenversicherung ist gewährleistet und für die Kranken- und Pflegeversicherung wird – wenn keine Familienmitversicherung besteht – der Mindestbeitrag übernommen.

Dem öffentlichen Arbeitgeber kommt auf allen staatlichen Ebenen hier eine Vorbildfunktion zu, deshalb werden wir allen pflegenden Beschäftigten des Landes flexible Arbeitszeiten, Arbeitszeitverkürzung und Freistellung ermöglichen. Dieses Vorgehen werden wir den Kommunalen Arbeitgebern ebenfalls empfehlen und durch eine breite Öffentlichkeitskampagne auch den Betrieben nahe bringen.

Dem Bedürfnis der Älteren, möglichst lange in der vertrauten Umgebung zu bleiben, und dem Bedürfnis vieler Familien, die Pflege möglichst selbst zu leisten, wollen wir durch den Ausbau von **"Tages- und Begegnungsstätten für Ältere"** unterstützen. Dies gilt auch und gerade für Menschen mit **demenziellen Erkrankungen**.

Für viele pflegende Familienangehörige oder auch „Wahlfamilien“ wäre es eine große Entlastung, wenn sie ihre Angehörigen oder pflegebedürftigen Mitbewohner in der **Urlaubszeit** gut versorgt wüssten. Hier sind sowohl **Kurzzeitpflegeplätze**, als auch **Ersatzpflegekräfte** im eigenen Haushalt möglich. Da in den bisherigen Strukturen der Pflegeversicherung beide Alternativen nur ungenügend abgebildet sind, werden wir uns auch hier für Änderungen auf Bundesebene einsetzen.

## Prävention und Reha vor Pflegebedürftigkeit – und Ambulant vor Stationär

In den nächsten Jahren wird die Zahl der Pflegebedürftigen deutlich ansteigen. Die Sicherung der medizinischen Versorgung, ambulante und hauswirtschaftliche Hilfen, qualifizierte Pflege, die finanzielle Absicherung und die menschliche Zuwendung stellen uns vor sozial- und gesellschaftspolitische Herausforderungen, denen wir uns stellen wollen.

Zukünftig wird in unserem Land die Zahl allein lebender Menschen und dauerhaft kinderloser Paare ansteigen. Die Zunahme der Single-Haushalte, auch der ausdrückliche Wunsch vieler Älterer nicht von ihren Kindern gepflegt zu werden, und der Wunsch, selbständig zu bleiben so lange es geht, wird dazu führen, dass wir einen deutlichen Ausbau von professionellen Pflegediensten, von hauswirtschaftlichen Dienstleistungen und von bürgerschaftlichem Engagement (z.B. Besuchsdiensten) ebenso brauchen werden, wie wir die Prävention vor Pflegebedürftigkeit deutlich verstärken müssen.

"Wahlfamilien" werden teilweise die Familie ersetzen, Wohngemeinschaften von Älteren die Pflege von Mitbewohnern organisieren, Wohnprojekte für Jung und Alt die Versorgung ihrer Nachbarn übernehmen. Dabei muss der Grundsatz "ambulant vor stationär" von einem Paradigmenwechsel begleitet werden. Pflegebudgets und auch ein gemeinsamer Pflegepool für eine Hausgemeinschaft sind ebenso notwendig, wie eine Anpassung der Regelungen des Heimgesetzes.

Für viele ältere Menschen steht ein Sturz in der häuslichen Umgebung, oder ein Schlaganfall am Anfang und der Weg vom Krankenhaus in ein Pflegeheim ist dann oft nicht mehr weit. Wir wollen daher daran mitwirken, dass die **medizinische und geriatrische Behandlung und Rehabilitation** deutlich verbessert wird!

Wir werden Krankenkassen und Sportvereine anregen, die Zielgruppe **60 plus** deutlicher in den Focus zu nehmen und zu unterstützen, das können z.B. **"Fallen will gelernt sein- Kurse"** sein, in denen das Wissen um die häuslichen Gefahrenquellen vermittelt wird, andererseits aber auch die Beweglichkeit gefördert und die richtige Reaktion auf mögliches Stolpern eingeübt wird.

Die von der Pflegeversicherung eigentlich vorgesehenen Kurzzeitpflegebetten sind in der Regel für die jeweiligen Einrichtungen nicht finanzierbar und werden deshalb dauerhaft belegt. Es besteht aber zunehmend der Bedarf, z.B. nach einer Operation und früher Entlassung, oder bei schweren Erkrankungen von Alleinstehenden. Oft reicht der ambulante Pflegedienst hier nicht aus. Wir werden daher ein **Modellprojekt Krankenwohnung** auflegen, in dem – angegliedert an einen ambulanten Pflegedienst, eine Sozialstation oder eine stationäre Pflegeeinrichtung – Menschen zur Vermeidung eines Krankenhausaufenthalts vorübergehend gepflegt werden oder nach einem Krankenhausaufenthalt nachbetreut und gesund gepflegt werden. Wir werden uns aktiv an den Verhandlungen mit den Krankenkassen über die Pflegesätze beteiligen.

## Stationäre Pflege – Wohngruppen

Im Landeshaushalt (KFA, Kommunaler Finanzausgleich) sind derzeit gut 15 Millionen Euro als Zuweisungen für Altenpflegeeinrichtungen vorgesehen. Dieser Betrag wird angesichts der demografischen Entwicklung und des vorhandenen Sanierungsstaus sicherlich nicht ausreichend sein und deshalb erhöht werden müssen. Nach den Zahlen der Pflegestatistik von 2005 hatten wir in Hessen 650 stationäre Pflegeeinrichtungen mit rund 43.000 Plätzen. Die Qualität der allermeisten stationären Pflegeeinrichtungen ist gut. Jedoch werden wir daran arbeiten, dass der manchmal noch anzutreffende "Krankenhauscharakter" der Vergangenheit angehört und durch einen "**Wohlfühlicharakter**" ersetzt wird. Hierzu sind bauliche Veränderungen, aber vor allem Veränderungen im Bewusstsein erforderlich. Wer hoch betagt in eine Pflegeeinrichtung kommt, ist dort zu Hause – ihm, oder ihr "gehört" diese "Wohnung" mit allen Rechten und Pflichten. Das Selbstbestimmungsrecht und die Persönlichkeit müssen geachtet werden und die Pflege und Unterstützung muss so sensibel und respektvoll wie möglich erfolgen. Wir werden die Pflegeeinrichtungen, die in diesem Sinne arbeiten, begleiten und unterstützen.

Wir werden uns an der Entwicklung **neuer Konzepte** zur Betreuung und Begleitung von Menschen mit **Demenziellen Erkrankungen** beteiligen, die die neuesten Erkenntnisse der Pflegewissenschaft berücksichtigen. Es widerspricht der Würde des Menschen, wenn zu viele sedierende Medikamente gegeben werden, die – bei besserem Verständnis für die Erkrankung und den Umgang mit den Menschen – überflüssig sind. Gerade für diese Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz müssen Wohngruppen und Außenwohngruppen, wie es beispielsweise vom St. Elisabeth-Verein modellhaft in Wetter erprobt wird, deutlich stärker unterstützt werden.

Ziel muss es sein, die Alltagskompetenz von Menschen mit geronto-psychiatrischen Erkrankungen zu stärken und ihnen in einer möglichst vertrauten Umgebung und einem weitgehend "normalen" Tagesablauf Sicherheit zu vermitteln. Wir wollen die Ergebnisse der Überprüfungen durch den Medizinischen Dienst und die Heimaufsicht nutzen, um – gemeinsam mit den Trägern und den Heimbeiräten - einen Kriterienkatalog zu entwickeln, der Betroffenen und ihren Angehörigen Anhaltspunkte gibt, wie die Qualität der jeweiligen Einrichtung zu beurteilen ist. Im Sinne des **Verbraucherschutzes** sind uns solche Qualitätsmerkmale wichtig. Wir werden dafür sorgen, dass die Überprüfungen durch die Hessische Heimaufsicht künftig grundsätzlich unangemeldet erfolgen, denn nur so kann ein objektives Bild entstehen.

## **Gute Pflege – gute Ausbildung**

Wenn wir gute Pflege einfordern, gehören dazu auch gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Altenpflege, eine gute Ausbildung, angemessene Bezahlung und Wertschätzung dieser Arbeit. Die Altenpflege ist – ebenso wie andere so genannte "Frauenberufe" z.B. die Krankenpflegerin oder die Erzieherin – ein Beruf mit hohen Anforderungen physisch und psychisch, der bisher nicht die Anerkennung findet, die er verdient! Für die Zukunft unserer Gesellschaft ist jedoch zentral, dass sich Menschen für andere Menschen einsetzen, für sie Zeit haben, Dienstleistungen erbringen und Hilfe leisten.

Soziale Dienstleistungen werden von motivierten Menschen getragen, von fachlich geschulten haupt- und ehrenamtlichen Menschen, die damit unsere soziale Infrastruktur tragen. Ihre Stellen sind jedoch oft unterbezahlt – die Wertschätzung der Gesellschaft kommt in der finanziellen Honorierung nicht zum Ausdruck. Das muss sich ändern. Soziale Investitionen sind auch Investitionen in die wirtschaftliche Zukunft.

Der demografische Wandel wird den Bedarf an Altenpflegefachkräften erheblich steigen lassen. Mehr allein stehende ältere Menschen, Familien, Wohngruppen und Wohngemeinschaften werden ambulante Dienste, zum größten Teil ergänzend zur Pflege und Betreuung durch Nahestehende, in Anspruch nehmen. Auch der Bedarf an qualifizierten und gut ausgebildeten Kräften in stationären Einrichtungen wird steigen.

Darüber hinaus werden die Anforderungen an die Pflegekräfte höher. Die steigende Lebenserwartung bringt es mit sich, dass nicht nur mehr ältere und hochaltrige Menschen Pflege benötigen, sondern dass diese zum Teil auch vielfältigere Pflegebedarfe haben. Das im Alter typische Vorhandensein mehrerer behandlungsbedürftiger Krankheiten gleichzeitig (Multimorbidität), erfordert eine umfassende Ausbildung.

Auch die wachsende Zahl pflegebedürftiger alter Menschen mit Migrationshintergrund erfordert neue Konzepte (Kultursensibilität) und eine gute Ausbildung. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass mehr Auszubildende für den Altenpflegeberuf aus dem Kreis der jungen Menschen mit Migrationshintergrund geworben werden, die die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund besser verstehen und kultursensible Pflege in den Einrichtungen und bei den ambulanten Diensten leisten und vermitteln können. In Hessen gibt es derzeit ca. 3300 Ausbildungsplätze in der Altenpflege. Diese Zahl wird in Zukunft nicht ausreichend sein.

Wir werden uns diesen Herausforderungen, der Anhebung der Zahl der Ausbildungsplätze und der Weiterentwicklung der Ausbildung, in der Landespolitik stellen. Das Land wird auch weiterhin die Finanzierung der Altenpflegesschulen garantieren und darauf achten, dass die regionale Verteilung der Schulen erhalten bleibt und nicht kleinere Schulen im ländlichen Raum in finanzielle Bedrängnis kommen.

## Für eine bessere Unterstützung derer, die wir auf dem letzten Weg begleiten

Sterben und Tod dürfen nicht tabuisiert werden, sie sind Teil des Lebens. Seit etlichen Jahren engagieren sich Pfarrerinnen und Pfarrer, kirchliche Gruppen, Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger und engagierte Privatpersonen für eine bessere Palliativversorgung und eine humane Sterbebegleitung. Diese Hilfen umfassen gute Pflege, medizinische Betreuung, Schmerzlinderung und Beistand für die Sterbenden und auch für die Angehörigen und Trauernden.

In Hessen gab es 2005 bereits über 100 Hospizgruppen mit 1200 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Heute dürfte die Zahl noch deutlich höher liegen. Stationäre Hospizplätze gibt es derzeit 61 in sieben Einrichtungen. 90% aller Menschen möchten gerne zu Hause sterben, dieser Wunsch wird allerdings viel zu selten Wirklichkeit. Über 50% der Menschen sterben in Krankenhäusern, ca. 30% in Alten- und Pflegeheimen und nur 10% zu Hause.

Wir unterstützen daher die **ehrenamtliche Hospizbewegung**, die gar nicht hoch genug zu bewerten ist und sehr oft doch ermöglicht, dass dieser Wunsch erfüllt werden kann. Wir wollen aber diesen Menschen nicht nur dankbar sein, sondern sie in ihrer Arbeit unterstützen, indem wir die **Geschäftsstelle** in Hessen finanziell so ausstatten, dass sie ihre Aufgabe der Beratung, Supervision und Fortbildung der ehrenamtlichen Kräfte voll erfüllen kann. Daher werden wir den Haushaltsansatz im Jahr 2009 verdoppeln.

Auch die Arbeit der stationären Hospize und der Palliativmedizin sorgen vielfach dafür, dass Menschen in Würde und ohne Schmerzen sterben können und werden von uns unterstützt.

## Ausblick

**Die Zeit ist reif für eine bessere Politik mit und für Seniorinnen und Senioren. Wir wollen mit Ihnen einen Neuanfang in Hessen machen. Wir wollen zum Mitgestalten ermutigen und Partizipation zum Leitprinzip erheben. Wir wollen keine Politik über die Köpfe hinweg betreiben, sondern Politik „mit den Köpfen“.**

## Es ist Zeit für klare Wertmaßstäbe

Wir wollen alle politischen Entscheidungen daran messen lassen, ob sie

- ✍ die Fähigkeiten von Menschen fördern
- ✍ jedem und jeder die gleichen Chancen in Bildung, Beruf und Leben sichern
- ✍ der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit dienen
- ✍ die Freiheit vergrößern, das eigene Leben selbst zu bestimmen
- ✍ die Gleichberechtigung von Mann und Frau voranbringen
- ✍ durch Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen auch zukünftigen Generationen Entscheidungsfreiheit lassen und
- ✍ den Zusammenhalt und die Solidarität der Generationen fördern.

Wir setzen dabei auf die Kreativität und den Willen Vieler, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken. Wir wollen die Kompetenzen und Erfahrungen älterer Menschen einbeziehen und nutzen und die Solidarität zwischen jung und alt stärken.

Petra Fuhrmann